

Oldenspiegel

Mitteilungen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Oldenburg

Ausgabe 3/2019

Inhalt

Ist Oldenburg ein sicherer Hafen?

Oberbürgermeister gibt Erklärung ohne Debatte im Rat ab.

Seite 3

Oldenburger Kulturschaffende solidarisieren sich mit Grönemeyer

Umstrittene Hassrede des Musikers findet vorbehaltlose Zustimmung.

Seite 4

Silvesterfeuerwerk? Ja, bitte!

Umwelthilfe will Feuerwerk verbieten.

Seite 5

Wahlwerbung im Staatstheater?

Eindrückliche - politische und künstlerische - Erlebnisse im Staatstheater.

Seite 6

Verkaufsoffene Sonntage

Wir unterstützen die Händler und Arbeitnehmer in der Innenstadt.

Seite 8

Symbolpolitik des OB

Krogmann möchte Einfluss auf Konzernpolitik der Metro AG nehmen.

Seite 9

Freitags lieber schulfrei?

Eine kritische Betrachtung der Klimawahn-Demos.

Seite 10

Umweltpolitik mit Vernunft

Die Stadtratsfraktion unterstützt bundesweite Initiative der AfD.

Seite 11

Grüne Ideologie im Stadtrat

Anträge „für den Klimaschutz“.

Seite 12

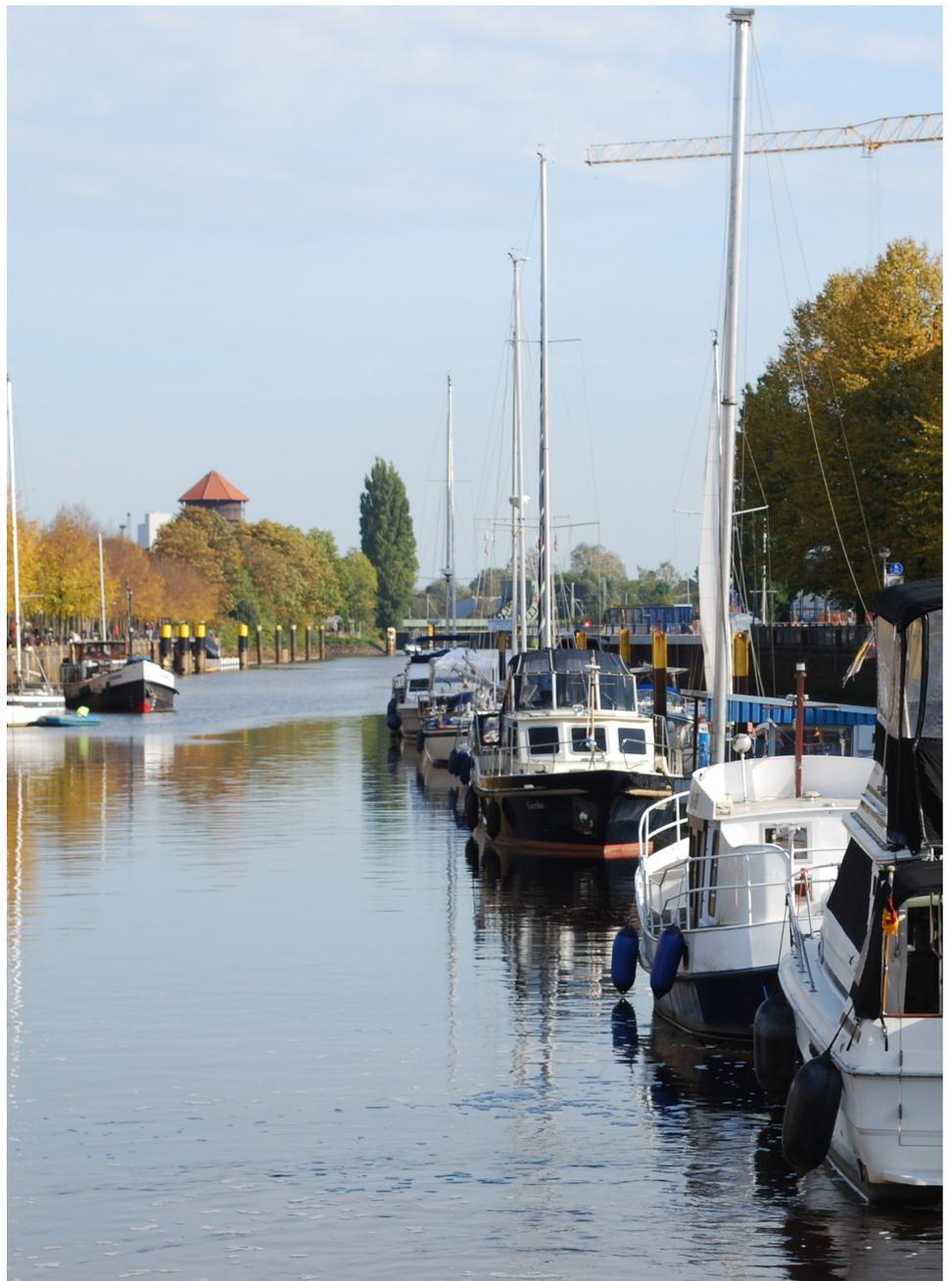


Foto: Rocki

Der Oldenburger Stadthafen.

Symbolisch für ein Mitglied des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“?

Moin moin,

aus der Zeitung oder bei einer letzten Ratssitzungen haben Sie es vielleicht schon erfahren: es gibt eine personelle Veränderung in unserer Fraktion. Zu Ende September hat Christoph Brederlow sein Man-



dat zurückgegeben. Auf ihn folgt als Ersterplatzierter der Nachrückerliste Gerhard Vierfuß.

Der Rechtsanwalt, der bereits seit dem Gründungsjahr 2013 Mitglied der AfD ist, wird unsere Fraktion künftig im Bahnausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss, Jugendhilfeausschuss, im Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb sowie im Ausschuss für Wirt-

schaftsförderung und Internationale Zusammenarbeit vertreten. Neue Vorsitzende der Ratsfraktion ist Lidia Bernhardt.

Dass der Oberbürgermeister bei der Verpflichtung des neuen Rats Herrn auf den sonst üblichen Handschlag verzichtete - geschenkt. Wir hätten uns fast gewundert, wenn es anders gewesen wäre.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns wieder einmal etwas intensiver mit der Kultur. Nach der „Erklärung der Vielen“ irritieren



viele Oldenburger Künstler nun mit ihrer Unterstützung für die verbalen Ausfälle von Herbert Grönemeyer bei seinem Konzert in Wien im August.

Bei Besuchen im Staatstheater fiel uns auf, dass hier sehr deutlich - oder zu deutlich ? - Wahlhinweise vor der EU-Wahl im Mai gegeben wurden. Aber es gab auch ein positives Erlebnis - lesen Sie selbst auf Seite 6.

Der linke Zeitgeist bestimmt mit Diskussionen um verkaufsoffene Sonntage oder Klimademonstrationen weiterhin vielfach auch die Oldenburger Tagespolitik. Mit dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ war auch die Migration wieder Thema im Rat. Ob Kriminalität, Demografie, Betrug mit Scheinidentitäten, Wohnungsknappheit oder die exorbitanten Kosten dieser Politik - all das wird von den Migrationsliebhabern, also nahezu sämtlichen anderen Ratsleuten außer der AfD, komplett ausgeblendet oder gar in Abrede gestellt.

Wir sind aber auch einmal einer Meinung mit dem Oberbürgermeister - oder: er ist einer Meinung mit uns, wenn er das geforderte Feuerwerksverbot der Deutschen Umwelthilfe klar ablehnt.

Eine angenehme Lektüre und eine gute Zeit in Oldenburg wünschen

Ihre Ratsleute der AfD

Lidia Bernhardt (Fraktionsvorsitzende) & Gerhard Vierfuß

Unser Selbstverständnis als AfD

Wir sind die Partei der Rechtsstaatlichkeit.

Migration, Euro- und Griechenlandrettung, die zunehmende Abgabe von Kompetenzen an die EU und vieles mehr verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. Die Regierung handelt damit illegal.

Wir differenzieren.

Der Vorwurf des Populismus ist billig. Er funktioniert, weil sich Altparteien, Funktionäre und staatsnahe Medien in dieser Täuschung der Bürger einig sind. Ein Blick in unsere youtube- oder facebook-Seiten oder das Lesen der sogenannten Alternativen Nachrichten bewei-

sen schnell: Wir bearbeiten Themen in der Tiefe. Wir haben erfahrene Experten in allen Politikfeldern. Wir wägen ab und wir differenzieren.

Wir stehen für Sicherheit.

Billig und falsch ist der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. Wir fordern die Einhaltung der Gesetze von jedem, der sich in unserem Land aufhält, und entsprechende Konsequenzen bei Verstößen. Wir benennen Tätergruppen nur, wenn Nachrichten und Kriminalitätsstatistik diese klar erkennbar machen.

Wir vertreten deutsche Interessen.

Altparteien, Medien und weitere gesellschaftliche Institutionen versu-

chen, das Verfolgen eigener nationalstaatlicher Interessen als falsch oder gar gefährlich einzustufen. Dem entgegnen wir, dass Deutschland auf allen Ebenen souverän und wettbewerbsfähig sein muss, um sich im globalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Nur so können die besten Ergebnisse für unsere Bürger erzielt werden. Anderenfalls sind wir einfach nur die Zahlmeister - für Europa und noch darüber hinaus. Die Politik der Altparteien zielt genau in diese Richtung. Das ist falsch. In Berlin muss Politik für Deutschland gemacht werden, wie auch in Oldenburg Politik für Oldenburg gemacht werden muss.

Wir sind die Alternative!

Ist Oldenburg ein sicherer Hafen?

Der Oberbürgermeister handelt eigenmächtig und widersprüchlich.

Nach einem Antrag der Grünen berichtete der Oberbürgermeister bereits im Integrationsausschuss vom Beitritt Oldenburgs zum „Bündnis Städte Sicherer Häfen“. Er meint, dass der Seebrücke-Beschluss von 2018 dafür die Grundlage biete.

OB handelt eigenmächtig

„Wir stellen fest, dass der Oberbürgermeister die Entscheidung eigenmächtig ohne Debatte oder Beschluss in Ausschuss oder Rat getroffen und umgesetzt hat. Das halten wir für sehr bedenklich“, erklären Lidia Bernhardt und Gerhard Vierfuß gemeinsam.

Viele Fragen

Die Boote, vorwiegend mit Menschen aus Somalia, Nigeria oder Eritrea, kommen meist aus Libyen. In der Liste der Hauptherkunftstaaten des BAMF taucht Libyen selbst nicht auf. Menschen aus den genannten Ländern befinden sich aber



Mit untauglichen Booten begeben sich die Menschen auf das Mittelmeer in der sicheren Erwartung, schon nach wenigen Kilometern abgeholt und in das weit entfernte Europa gebracht zu werden. (Foto: Wikipedia)

weit vor Libyen schon in einem sicheren Land.

Warum wählen diese dann die bekanntlich sehr gefährliche Route über Libyen und das Mittelmeer?

Sicherer Hafen Oldenburg?

Nachdem Herr Krogmann Oldenburg im Juli zu einer „Stadt Sicherer Häfen“ erklärt hat, wollte er schon im August für eine halbe Million Euro eine Polleranlage auf dem Julius-Mosen-Platz bauen lassen, um die Innenstadt sicher zu machen.

Wie erklärt Herr Krogmann diesen Widerspruch?

Gestiegene Kriminalität

Seit 2015 hat es für Oldenburg 59 in öffentlich zugänglichen Medien



So präsentiert sich die Aktion Seebrücke auf ihrer Webseite: Mit einem Gewaltaufruf der Antifa gegen Matteo Salvini (Foto: Björn B. Heller/Seebrücke/Flickr)

dokumentierte Fälle von Mord, Vergewaltigung, Körperverletzung und sonstigen Gewaltdelikten (inklusive Mord- und Vergewaltigungsversuchen) durch Migranten gegeben. Weitere Straftaten wie Diebstahl kommen noch hinzu. Bundesweit ist beinahe täglich von Gewaltverbrechen durch Migranten zu lesen.

Wen nehmen wir da auf? Glücklicherweise sind die meisten Migranten friedlich. Aber der Anteil an Straftätern, gerade bei den genannten Gewaltdelikten, ist deutlich überproportional. Das ist ein Problem.

Vor 2015 war all das nahezu kein Thema. Ist es also „zufällig“, wenn massenhafte Migration, deutliche Zunahme von Gewaltverbrechen und zusätzliche Sicherungsmaßnahmen in unseren Städten zeitlich zusammen fallen? Wir sehen da eindeutige Zusammenhänge.

Oft kein Anspruch auf Asyl

Laut aktuellem Bericht des BAMF sind weniger als 40% der Entscheidungen über Asylanträge positiv. Es gibt zehntausende Ausreisepflichtige in Deutschland, die aber größtenteils nicht ausreisen oder abgeschoben werden. Sie werden trotz fehlenden rechtlichen Anspruchs weiter auf Kosten der deut-

schen Steuerzahler versorgt.

Gleiches Recht für alle? Nein.

Anders ist das bei einheimischen Empfängern von Arbeitslosengeld, Kindergeld oder Wohngeld. Sobald der Anspruch entfällt, wird nicht mehr gezahlt. Hier werden Menschen also unterschiedlich behandelt.

Warum? Mit welchem Recht?

Demografie ist eine Tatsache

Was die Befürworter weiterer millionenfacher Migration anscheinend überhaupt nicht bedenken, sind die langfristigen Auswirkungen dieser Zuwanderung auf die Demografie. Der Anteil von Menschen deutscher Herkunft sinkt immer schneller. Bereits 2010, also lange vor der berüchtigten merkelschen Grenzöffnung, hatte der SPD-Politiker Thilo Sarrazin auf dieses Problem hingewiesen. Durch die massenhafte Zuwanderung hat sich die Lage seitdem sehr verschärft.

Die Migrationspolitik der Bundesregierung ist daher falsch. Nicht nur, aber auch, weil sie dazu führt, dass der Anteil der gebürtigen Deutschen im eigenen Land mittel- bis langfristig massiv sinkt. Das ist eine Tatsache. Das Mindeste wäre es, dass die Bundesregierung die Bevölkerung befragt hätte oder nachträglich noch befragen würde. Aber hier verhalten sich Oberbürgermeister und Bundeskanzlerin ähnlich eigenmächtig und ohne Berücksichtigung der Meinung der Wähler.

Wir lehnen die freiwillige Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge ab.

Wohnungsknappheit durch Asyl

Zudem erklären weder die Grünen noch der Oberbürgermeister, wie und wo sie die Menschen unterbringen wollen. Fakt ist, dass durch weitere Zuwanderung die sowieso schon angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärft wird.

Libertarius

Grönemeyer hält Hassrede „gegen rechts“

Intendant Firmbach und anderen Kulturschaffenden gefällt das.

Wenn es ihm wirklich richtig wichtig ist, verzichtet dieser Sänger sogar aufs Singen - und auf das ihn auszeichnende Nuscheln. „Keinen Millimeter nach rechts“ - das ist ja auch nicht annähernd so poetisch wie „Bochum“, „Alkohol“, „Currywurst“ oder „Sein Kopf stützt sich auf sein Doppelkinn“. Wie also sollte man diese nahezu technische Information auch angemessen vertonen? Dann halt eine kleine politi-



Herbert Grönemeyer - linker politischer Aktivist mit musikalischer Vergangenheit. (Foto: Wikipedia)

sche Rede ins Konzert einflechten.

Das politische Statement von Herbert Grönemeyer bei seinem Konzert in Wien kurz vor den österreichischen Wahlen hat ein besonders großes Echo hervorgerufen. Sehr viele Menschen haben sich an Stil, Duktus und Tonfall Grönemeyers gestört. Entscheidend war für die Kritiker aber die Aussage: „Dann liegt es an uns, zu diktieren (sic!), wie ne Gesellschaft auszusehen hat.“ Wegen der Verwendung des Begriffs „diktieren“ in einem politischen Zusammenhang und auf diese höchst aggressive Weise wurde vielfach ein Vergleich zu den Reden von Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels gezogen.

Solidarität mit Grönemeyer

Daraufhin wurde Grönemeyer von den ihm politisch Nahestehenden, insbesondere auch von Künstlern, gegen diese Vorwürfe in

Schutz genommen. In dieses Horn stießen auch mehrere Oldenburger Künstler und sie bekamen dafür von der Nordwest-Zeitung ein großes Forum mit gleich mehreren Artikeln, darunter einem sehr ausführlichen auf der Titelseite, geboten.

Mit etwas Abstand bewerten die Oldenburger AfD-Politiker diese Vorgänge.

„Wir akzeptieren die Meinung von Herrn Grönemeyer und – selbst wenn wir dadurch massiv angegriffen werden – haben wir Verständnis für eine drastische Wortwahl. Das kommt in der politischen Auseinandersetzung vor“, erklärt dazu AfD-Ratsfrau Lidia Bernhardt. „Wir kritisieren und verurteilen aber auf das Schärfste, dass hier ganz offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wird – von der Nordwest-Zeitung genauso wie von den ‚Kulturschaffenden‘. Denn wenn ein AfD-Vertreter die gleiche höchst kritische Vokabel verwenden würde, gäbe es dagegen unter Garantie einen noch viel größeren Aufschrei all dieser Verteidiger von Herrn Grönemeyer. Und sicher auch von Grönemeyer selbst.“

Hochmut des totalen Rechthabens

Dass die AfD mit dieser kritischen Einschätzung der Grönemeyer-Aussage richtig liegt, zeigt der Dramaturg Bernd Stegemann, der – obwohl er sich als Mitbegründer der linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“ über die Kritik an der AfD als seinem politischen Gegner freuen könnte – Grönemeyer ebenfalls scharf kritisiert. Er kommentierte zutreffend: „Der Hochmut des totalen Rechthabens ist ein Kern des Faschismus. Welcher menschenfreundliche Inhalt auch immer sich mit diesem Virus infiziert, er verkehrt sich dadurch in sein Gegenteil.“

Intendant Firmbach lügt

„Wir kritisieren in diesem Zusammenhang besonders Intendant Christian Firmbach“, sagt Ratsherr

Grönemeyers Kritik gegen die Politik, die er heute verteidigt:

Wir kontrollieren jeden Sender
alles wird vorgedacht
erst wenn der Fernseher aufhört zu
denken
tut er, was man ihm sagt

Wir bespitzeln jeden unserer Gegner,
speichern jedes schwarze Schaf

Wir geben uns unverbindlich christlich
manche nennen das Blasphemie

die Sucht nach Macht schweißt uns
zusammen
wir schämen uns nie

mit den Reichen können wir prächtig
die Armen wollen nur an ihr Geld
wir schützen und mehren es redlich
und werden wieder gewählt.

Zitate aus „Mit Gott“ aus Grönemeyers Album „Ö“ (1988)

Gerhard Vierfuß. „Firmbach verbreitete vor einiger Zeit in der NWZ auf geradezu demagogische Weise die frei erfundene Behauptung, die AfD wolle den Theatern vorschreiben, nur noch ausschließlich deutsche Autoren aufzuführen. Ausgerechnet er bewertet Kritik an Grönemeyers Rede nun als ‚komplett absurd‘ und unterstellt den Kritikern ‚Primitivität und Populismus‘.“

Bitte mehr Kunst als Politik

Gemeinsam formulieren die beiden Ratsleute der AfD-Fraktion: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn Herr Firmbach auf politische Statements in der Öffentlichkeit künftig verzichtet und sich auf seine künstlerische Arbeit am Staatstheater konzentriert. In seiner Funktion als Intendant sollte er, wie das Theater generell, politisch neutral sein. Zudem sollte er bedenken, dass seine üppige Subvention zu einem guten Teil mit den Steuern der AfD-Wähler finanziert wird. Unter unseren Wählern gibt es zahlreiche regelmäßige Theatergänger, die Firmbachs Arbeit dort – sofern sie ohne politische Belehrungen ‚gegen Rechts‘ auskommt – sehr schätzen.“

Libertarius

Silvesterfeuerwerk? Ja, bitte!

DUH will Feuerwerk in Oldenburg verbieten.

Die Deutsche Umwelthilfe möchte künftig privates Silvesterfeuerwerk in Oldenburg verbieten. „Wir weisen das als einen für die Gesundheit



Foto: Pixabay

wie auch für die Feinstaubbelastung unerheblichen böswilligen Eingriff in die Freiheit der Bürger entschieden zurück“, kommentiert AfD-Ratsfrau Lidia Bernhardt.

„Wir begrüßen die ablehnende Stellungnahme des Oberbürgermeisters dazu. Ausnahmsweise einmal stellt er sich gegen den grünen Zeitgeist, der das gesellschaftliche Leben mit einer Vielzahl von Verboten immer mehr einschränken möchte.“

Unsinnige Grenzwerte

In seiner Antwort an die DUH zeigt der Oberbürgermeister, dass deren Forderung sich auf Empfeh-

lungen der Weltgesundheitsorganisation beruft, die weit über geltendes Recht hinaus gehen. Wer die Luftqualität heute mit derjenigen aus den 1970er oder 1980er Jahren vergleicht, vielleicht noch mit Städten in der damaligen DDR, oder aktuell mit Metropolen wie Peking, Mumbai oder Tokyo, stellt fest, dass es um unsere Luft bestens bestellt ist. Vor diesem Hintergrund erscheinen die empfohlenen Grenzwerte der WHO höchst fragwürdig.

Gemeinnützigkeit aberkennen!

Die Aktivitäten der DUH richten sich massiv gegen unseren Lebensstil. Dabei verkennt der Abmahnverein, dass wir trotz eines kontinuier-



Hier grinst DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch fast freundlich. Dabei ist er der größte Spaßverderber des Landes. (Foto: DUH)

lich steigenden gesellschaftlich-technischen Niveaus doch ökologisch betrachtet immer besser und gesünder leben und dass die Bevölkerungsmehrheit diese Art zu leben beibehalten möchte. Die DUH richtet sich klar gegen diese Bevölkerungsmehrheit. Sie kann daher nicht gemeinnützig sein. Das gilt auch für Fahrverbote oder die Verteufelung des Verbrennungsmotors. „Wir sind der Ansicht, dass die DUH ihren Status als ‚gemeinnützig‘ ebenso verlieren sollte wie jegliche finanzielle Förderung aus Steuergeld“, meint Gerhard Vierfuß. Denn ihr Wirken gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit lässt die DUH sich von dieser fürstlich bezahlen. Über € 2,5 Mill. und damit mehr als 30% ihres Etats kommen aus Steuergeldern. Libertarius

Blick in die Geschichte.

Das Feuerwerk

Vor 1.400 Jahren suchte der chinesische Mönch Li Tian ein Mittel, um böse Dämonen, die das Wetter verhext hatten, zu vertreiben. Er nahm ein nach unten dichtes Bambusrohr, schüttete Salpeter, Holzkohle und Schwefel hinein und schuf so den ersten Böller der Welt.

Als 1232 die Mongolen die altchinesische Stadt Kay Feng belagerten, setzten die Verteidiger erstmals mit Schwarzpulver gefüllte Bambusrohre als Raketen ein. Der Schaden war minimal. Aber es brach Panik in den Reihen der Angreifer aus, da man die Explosionen für Geister hielt. Der Angriff war abgewehrt.

Ende des 13. Jahrhunderts sollen diese Kenntnisse von holländischen Seefahrern sowie über die Seidenstraße in den Orient und nach Europa gekommen sein. Im selben Zeitraum entdeckten der englische Mönch Roger Bacon und der Freiburger Franziskanermönch Berthold Schwarz durch Zufall die explosive Wirkung der Mischung aus Salpeter, Schwefel und Holzkohle.

Pfingsten 1379 wird in Vicenza in Italien das erste Feuerwerk Europas veranstaltet. 1506 gab es zu Ehren Kaiser Maximilians I. in Konstanz das erste Feuerwerk auf deutschem Boden. Im Barock entwickelte sich das Feuerwerk als wichtiges Statussymbol an Europas Höfen.

1749 nach dem Frieden von Aachen veranstaltete König Georg II. in London ein riesiges Feuerwerk. Georg Friedrich Händel komponierte zu diesem Anlass seine berühmte „Feuerwerksmusik“.

Das größte Feuerwerk im Barock fand 1770 in Versailles unter Ludwig XV. statt. Zu Ehren seiner Schwiegertochter Marie Antoinette wurden 20.000 Raketen und 6.000 Feuertöpfe gezündet.

In Deutschland wurde 1838 die erste deutsche Feuerwerksfirma gegründet. Seit den 1960er Jahren ist das Feuerwerk in Europa sehr beliebt. Am 15. Juli 1988 zündeten Japaner am Toyasee in Hokkaido das bisher größte Feuerwerk weltweit.

Prätorianer

Die größten ökologischen Fortschritte erzielt der freie Markt.

Emails sparen Milliarden Briefe und Tonnen an Papier. Flash-Speichertechnik ersetzte erst CDs, inzwischen auch Festplatten. Motorenentwicklung führt zu immer besserer Energieausbeute und geringeren Verbrauchswerten. LEDs sparen Strom bei besserer Lichtleistung.

Es gibt fast zahllose weitere Beispiele für die ökologischen Vorteile einer freien Marktwirtschaft.

Planwirtschaften sind für die Umwelt immer schlecht. EEG, Förderung von E-Mobilität etc. sind aber Planwirtschaft. Sie verlangsamen die technische Entwicklung.

Wer weiß, mit welchen Erfindungen, die heute durch staatliche Planwirtschaft benachteiligt werden, wir künftig noch mehr Energie und Rohstoffe sparen könnten?

Ist Siegfried ein Depp? Wahlwerbung auf der Bühne

Eindrückliche Erlebnisse im Oldenburgischen Staatstheater

Der Intendant äußert sich gerne politisch. Als Kontrapunkt dazu geben wir hier einige Eindrücke aus Besuchen im Staatstheater wieder.

Wahlhinweise auf der Bühne

Zur Eröffnung der Tanztage 2019 zeigte die Kompanie „Alonzo

Pflege des Niederdeutschen mit einer eigenen Sparte entgegen.

Verstörend an diesem Abend war die Begrüßung von Festivalleiter Burkhard Nemetz. „Immer mehr Menschen spüren, dass ... die Geschichte zurückgekehrt ist nach Eu-

tens und Afrikas praktisch kein Theater, keinen unserem Verständnis vergleichbaren Kulturbetrieb gibt?

Shakespeares hochartifizielle Kunstsprache erfordert äußerste Konzentration und Sprachbeherrschung. Doch hier wurde geschrien, gezetert und genuschelt. Bühnenbild und Kostüme ohne jede Finesse, ohne Bezug zum Inhalt mit einem Protagonisten im langen schwarzen Gestapo-Ledermantel und einem in einer kurzen Wanst-Hose des 16. Jahrhunderts. Nichts passte zueinander.

Siegfried - Depp oder Held?

Kommen wir zur Oper. Beachtlich ist die Ensembleleistung bei Richard Wagners „Ring“. Über weite Strecken machen Sänger und Orchester vergessen, dass wir in einem für dieses Monumentalwerk eigentlich zu kleinen Haus mit einer reduzierten Orchesterbesetzung sind. Das Staatsorchester spielt brillant und mit Hingabe, das Sängerensemble mit vielen Rollendebüts überzeugt voll und ganz. So können wir



Kultur und Politik verquickt im Oldenburgischen Staatstheater (Foto: Rocki)

Kind Lines Ballet“ „Art Songs“. Die nüchterne Bühne und die schlichten Kostüme kontrastierten reizvoll mit der Schönheit barocken Gesangs. Dieser wurde von den Tänzern voller Anmut in Bewegung umgesetzt. Der zweite Teil „Figures of Speech“ thematisiert das Verschwinden von Sprachen. Zu Lyrik und Liedern indigener Ureinwohner wird in ersterbenden Bewegungen das Sprachsterben beklagt. Dem setzt das Staatstheater in bewährter Weise die

ropa mit all ihren längst überwunden geglaubten Schattenseiten. (...) Viele ... ziehen sich aus der Demokratie zurück. (...) Die Europawahlen werden es wieder leider bestätigen, dass Aufklärung nicht mehr das höchste Gut ist. (...) Das Fremde, das Andere, verstehen zu wollen, benötigt vorurteilsfreies Denken.“

Parteien wurden nicht namentlich erwähnt. Das wäre auch zu billig gewesen. Aber das Bekenntnis zu den Parteien, die „für Europa“ sind, war überdeutlich - eindeutige Wahlempfehlungen von der mit Millionen subventionierten Bühne.

Ähnlich zuvor im Schauspiel bei „Romeo und Julia“. Hier wurde im Anschluss an das Stück zur Teilnahme an der Europawahl aufgerufen und nachdrücklich gefordert, das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen: Für Buntheit und Vielfalt! Ist den Theatermachern eigentlich bewusst, dass es in den bunten und vielfältigen Staaten des Nahen Os-

Politisch engagierte Theaterleute

Selbstverständlich auf der Seite, die man/frau/divers dort für die richtige hält. Das wurde auch beim Gespräch im Nachgang der „Erklärung der Vielen“ klar.

Kritik an der AfD haben sie reichlich. Erklärungen und Richtigstellungen werden nicht akzeptiert. Kritik am eigenen Verhalten und dem von Theaterkollegen weist man hingegen strikt von sich.



Musikalisch lohnend - der „Ring“ am Oldenburgischen Staatstheater (Foto: Rocki)

Bühne!

uns an einem wunderschön klingenden Ring erfreuen.

Was aber macht der Regisseur? Der Beginn des „Rheingold“ im absoluten Dunkel, quasi aus einem schwarzen Nichts, ist faszinierend. Ganz langsam erscheint ein rotes Herz. Dieses entpuppt sich bald als einer Tür zum stillen Örtchen in einem sehr dunklen Schweizer Bergdorf zugehörig. Dort sieht man wenig später Alberich sein lang andauerndes großes Geschäft verrichten. Derweil waschen die Rheintöchter blutverschmutzte Wäsche. Als Alberich ihnen das Gold schließlich entwendet, muss er dafür ganz tief in die Kloschüssel greifen. So nimmt das Unheil seinen Lauf - in der Handlung wie in der Inszenierung.

Als ein weiteres Detail sei noch der „Siegfried“ genannt. Die vom Nibelungenlied wie von Richard Wagner als idealtypischer Held gezeichnete Figur ist auf der Oldenburger Bühne schlicht ein Depp. Die Vereinigung mit Brünnhilde, der idealen Frau, sieht aus wie in einem billigen B-Movie. Wenn Wagner das ganz offensichtlich anders - sicher leidenschaftlich, aber eben auch heroisch, würdevoll, gottgleich - gemeint hat, warum wird es uns dann auf diese geradezu konträre Weise vom Regisseur vorgeführt?

Kompetente Werkeinführungen

Der Pianist Stefan Mickisch ist der wohl beste Erklärer der Opern Richard Wagners, hoch geschätzt von Bayreuth bis nach New York und Tokyo. Vor fast jeder Wagner-Premiere an deutschen Bühnen wird Mickisch eingeladen, so auch für die vier Opern des Rings in Oldenburg. Weltklasse in unserem Theater.

Pianistisch hochvirtuos, ebenso kenntnisreich wie leicht verständlich und auch witzig erläutert Mickisch die Opern und stellt dabei faszinierende Bezüge zu anderer Musik wie auch zu aktuellen politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen her. Beim

„Siegfried“ hörten wir einen eindeutigen Unterton bei seinen Ausführungen zur Textzeile „nur ruhig ‚Brauner‘“. Nun gut.

Ganz anders dann kürzlich bei der „Götterdämmerung“. „Ich schaue mir fast keine Inszenierungen mehr an, weil die meisten Regisseure Wagner nicht verstanden haben“, sagte er einmal sinngemäß. Nun führte er ergänzend aus, dass die Hässlichkeit vieler Inszenierungen ein Ausdruck der eigenen inneren Hässlichkeit der Regisseure sei. Raunen im Publikum. Nach der Aussage: „Ich habe noch keinen Linken getroffen, der wirklich umfassend gebildet war“ verlassen ei-

nige Besucher den Saal. Ein heftiges Statement und - auch trotz heimlicher Freude - fragt man sich, ob es denn so unversöhnlich sein musste? Aber sei's drum. Es kommt selten genug vor, dass sich der Bildungsbürger, der Konservative oder der Biedere einmal bestätigt sieht, während die sogenannten „Progressiven“ getriggert werden. In Oldenburg gibt es offensichtlich eine ganze Reihe Konservativer, die daran ebenfalls ihre Freude hatten, wie aufgeschnappte Wortfetzen der Pausengespräche verrietten.

Es besteht also noch Hoffnung.

Libertarius

Blick in die Geschichte.

Das Nibelungenlied

Die Ursprünge der Sage reichen bis in das Zeitalter der Völkerwanderung von 375/76 – 568 n. Chr., einer Zeit, in der vor allem germanische Stämme vor den Einfällen der Hunnen flüchteten. Die Nibelungen sind im germanischen und skandinavischen Raum eine weit verbreitete Heldensage. Am bekanntesten ist die mittelhochdeutsche Fassung um 1200 aus dem Raum um Passau.

Siegfried, der Königssohn

Die Hauptfiguren sind die Burgunderprinzessin Kriemhild, ihr Ratgeber, der finstere Hagen von Tronje, ihre Brüder Gunther, Gernot und Giselher, die als Könige am Hof der Burgunder in Worms herrschen, und die Hauptfigur Siegfried, ein Königssohn aus dem kleinen Reich Xanten, der Kriemhild heiraten möchte.

Entdeckung der Heldensage

Am 29. Juni 1755 fand ein Lindauer Arzt auf der Burg Hohenems zwei alteingebundene Pergamente von alt-schwäbischen Gedichten, die von der burgundischen Prinzessin Kriemhild handeln. Er erkannte bei flüchtigem Durchblättern die Verkörperung einer deutschen Heldensage. 1806 nach Napoleons Einfall in Deutschland und Vernichtung der preußischen Armee suchte man ei-

nen Deutschen Nationalhelden und fand ihn mit Siegfried in dem kürzlich wiederentdeckten Nibelungenwerk.

Verschiedene hochdeutsche Fassungen

Es kam darauf zu neuhochdeutschen Übersetzungen und zahlreichen Bearbeitungen. Die heute bekannteste und verbreitetste Fassung ist dieje-



Siegfried heldenhaft im Drachenkampf-im Bremer Bürgerpark (Foto: Wikipedia)

nige Richard Wagners für seinen „Ring des Nibelungen“. Wagner zeichnet den Siegfried als einen Helden, als das Ideal des freien Menschen – auch wenn dieser am Ende der Tetralogie scheitert.

Prätorianer

Verkaufsoffene Sonntage

Gut zur Stärkung unserer Innenstadt

Die Fraktion Linke/Piraten hatte für die Ratssitzung im September beantragt, die Entscheidung über verkaufsoffene Sonntage anstatt von der Verwaltung zukünftig vom Rat treffen zu lassen.

Die Absicht der Linken ist es dabei ganz offensichtlich, die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage reduzieren zu wollen, da es dabei nur darum ginge, „dem Kommerz auch an Sonntagen so weit wie



Einkaufen in der Oldenburger City. (Foto: Stadt Oldenburg)

möglich Vorfahrt zu geben“. Das Wort „Kommerz“ vermittelt dabei eine negative Konnotation von Handel, Umsatz und auch Beschäftigung. Dem gegenübergestellt wird der Schutz der Beschäftigten, „die einen gesetzlichen Anspruch auf einen arbeitsfreien Sonntag haben“.

Den Einzelhandel stärken

Diese sicher gut gemeinte Absicht steht im Gegensatz zu den Interessen von Händlern wie Beschäftigten in der Oldenburger Innenstadt.

Die Oldenburger City ist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Sie gilt als Magnet für die Stadt und sichert so vielen Menschen ihre Arbeitsplätze.

In den letzten Jahren war zu beobachten, dass es der Einzelhandel nicht gerade leicht hat, sich gegen die immer stärker werdenden Internetanbieter zu behaupten. Verkaufssonntage sind ein probates Mittel, um sich als Einzelhändler gegen

den Handel über das Internet zu behaupten.

Für Ratsherr Gerhard Vierfuß ist es hier „Aufgabe der Politik, einen Ausgleich zwischen dem Materiellem und dem Kulturellen, zwischen den Interessen der Wirtschaft (von der wir alle leben) und den sozialen Belangen der Menschen zu finden. Das Thema Sonntagsöffnung steht genau an diesem Schnittpunkt der Lebensbereiche.“

Der Antrag der Fraktion Linke/Piraten wurde im Vorfeld laut Bericht der Nordwest-Zeitung auch durch die Gewerkschaft Verdi und Vertreter der Kirche unterstützt.

Linke gefährden Arbeitsplätze

Dabei haben es doch die Gewerkschaften bis heute nicht geschafft, Ausgleichsmöglichkeiten und moderne Vergütungssysteme für die geleistete Sonntagsarbeit mit den Tarifparteien zu vereinbaren. Auch diese Stellungnahme zeigt, dass die Gewerkschaft primär Klientelpolitik für die Arbeitnehmer betreibt, die – noch – einen Arbeitsplatz haben. Sollten die Verkaufssonntage tatsächlich begrenzt werden, hätte Verdi etwas erreicht für die Menschen, deren Arbeitsplatz dann nicht wegfällt. Dass durch eine solche Maßnahme aber mittel- bis langfristig andere Arbeitnehmer ihre Jobs in der Innenstadt verlieren würden, wäre wohl unvermeidliche Folge einer solchen Politik.

Den Kirchen sei gesagt, dass die Gotteshäuser sicherlich nicht allein dadurch voller werden, dass Verkaufssonntage wegfallen. Im übrigen beginnt die Sonntagsöffnungszeit ja erst nach der üblichen Gottesdienstzeit. Allein eine konsequente Rückbesinnung auf ihr ei-

gentliches Betätigungsfeld und der Verzicht auf andauernde politische Stellungnahmen könnten den Kirchen helfen, die Mitgliederzahlen wie auch die Anzahl der Gottesdienstbesucher wieder zu steigern.

Vorteile für alle Beteiligten

Nach Ansicht von AfD-Ratsfrau Lidia Bernhardt haben verkaufsoffene Sonntage Vorteile für alle Beteiligten. Zunächst sind da die Kunden, die gerne am Sonntag in der Oldenburger City einkaufen. Dabei handelt es sich primär um auswärtige Besucher und so um Umsätze, die ohne die verkaufsoffenen Sonntage nicht in Oldenburg, sondern anderswo getätigt werden würden.

Natürlich ist es weiter zum Vorteil der Händler, die zusätzlichen Umsatz und Gewinn machen können. Es profitieren aber auch Arbeitnehmer. Für viele Angestellte sind die verkaufsoffenen Sonntage attraktiv, da sie zusätzliche Verdienstmöglichkeiten schaffen und helfen, die Arbeitsplätze zu sichern. Durch die hohen Zuschläge für die Sonntagsarbeit ist diese - zumal wenn es nur viermal im Jahr ist - für zahlreiche Arbeitnehmer sogar besonders attraktiv.

Attraktivität der City erhalten

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg setzt sich für die Stärkung der Innenstadt ein. Die Attraktivität der herausragenden Oldenburger Innenstadt ist zu erhalten.

„Verkaufssonntage sind für die Attraktivität unserer Oldenburger City ein bedeutsamer Aspekt. Ich weiß persönlich von vielen Angestellten, die sehr gerne an verkaufsoffenen Sonntagen arbeiten“, erklärt Lidia Bernhardt. „Ich begrüße es daher, dass der Rat den Antrag der Linken abgelehnt hat und die Verwaltung somit voraussichtlich weiterhin den Rahmen von vier möglichen Verkaufssonntagen pro Jahr ausschöpfen wird.“

Libertarius

OB Krogmann betreibt Symbolpolitik

Geplanter Verkauf der Real-Märkte in Oldenburg

Die NWZ berichtete am 21. August diesen Jahres, dass Oberbürgermeister Krogmann Gespräche mit dem Vorstand der Metro AG wegen des geplanten Verkaufs der Real-Märkte ankündigt, in denen er sich für den Erhalt der beiden Märkte in Oldenburg einsetzen will. Weiter wird berichtet, dass Herr Krogmann sich bereits mit Vertretern des Betriebsrates am Standort Stubbenweg getroffen habe. Real beschäftigt an beiden Standorten insgesamt etwa 200 Mitarbeiter in Oldenburg.

Wie die NWZ im gleichen Artikel erwähnt und ein Blick in die überregionale Wirtschaftspresse bestätigt, hat die Metro AG beschlossen, sämtliche Real-Märkte zu verkaufen. „Was glaubt Herr Krogmann, wer er ist bzw. wer wir in Oldenburg sind, wenn er meint, bei einer solchen grundlegenden Konzernentscheidung für Oldenburg eine Ausnahme erwirken zu können? Oder sind ihm Hintergrund und Zusammenhänge dieser Konzernentscheidung etwa unklar?“ fragt AfD-Ratsfrau Lidia Bernhardt.

Nationale Konzernpolitik

Das ist der Hintergrund: Der Metro-Konzern möchte sämtliche bundesweit etwa 280 Real-Märkte verkaufen. Seit Mai 2019 führt der Konzern exklusive Verhandlungen mit der Redos-Gruppe. Dieses Unternehmen ist spezialisiert auf Immobilien, was einen anschließenden Weiterverkauf der einzelnen Märkte mit ihren Immobilien nahelegt. Der zweite große Bieter, das Immobilienunternehmen x+bricks, hat aber unlängst ein verbessertes Angebot unterbreitet. X+bricks arbeitet eng mit der Kaufland-Kette zusammen, die wiederum zur Schwarz-Gruppe gehört (Lidl u.a.). Schließlich gibt es auch Pläne für einen Verkauf des Metro-Konzerns selbst. Zwar haben die Vorstände und der Aufsichtsrat das Angebot des tschechischen Milliardärs Daniel Kretinsky und seiner EPGC Holding abgelehnt, jedoch

verfügt die Holding bereits jetzt über 35 Prozent der Metro-Aktien, Tendenz steigend. Sollte diese Übernahme der Metro gelingen, ist völlig unklar, ob ein Verkauf dann überhaupt noch auf der Tagesordnung steht.

Gute Bedingungen für Unternehmen in Oldenburg schaffen

„Auf die grundsätzliche Geschäftspolitik der Metro AG haben

durch eine im Jahr 2015 erlassene Veränderungssperre für das Gewerbegebiet am Stubbenweg behindert.

„Wenn es dem Oberbürgermeister also ernst ist mit seinem Bemühen, die Arbeitsplätze in Oldenburg zu erhalten, so ist es wohl angebracht, die geeigneten Rahmenbedingungen für mögliche Ausbau- und Entwicklungspläne der Unternehmen zu schaffen. Sollte der



Der Oldenburger Real-Markt am Stubbenweg. (Foto: Rocki)

wir in Oldenburg sicherlich keinerlei Einfluss. Aber wir können und sollten dafür sorgen, dass Real oder ein neuer Eigentümer in Oldenburg gute Bedingungen vorfinden“, kommentiert Lidia Bernhardt. „Mit seinen jetzigen Aktivitäten betreibt der Oberbürgermeister allerdings nur reine Symbolpolitik.“

Standortfrage, Anbindung und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Märkte dürften bei einer Entscheidung über jede einzelne Filiale eine wichtige Rolle spielen. Und da hat sich die Verwaltung gegenüber dem Standort Stubbenweg in der Vergangenheit nicht von ihrer besten Seite gezeigt. Mehrfach hatte Real erweitern wollen, doch gab es dafür seitens der Stadt Oldenburg keine Unterstützung. Unter anderem wurden die Erweiterungspläne

Standort Stubbenweg nach dem Verkauf von Real wegfallen, muss über eine Mitverantwortung der Verwaltung diskutiert werden.“

Die AfD-Ratsfraktion setzt sich dafür ein, dass nach einem Verkauf von Real die Stadt bzw. der Oberbürgermeister kurzfristig Kontakt mit dem neuen Eigentümer aufnimmt, um dann – mit den richtigen Gesprächspartnern (!) – Standort- und Belegschaftsfragen zu klären und ggf. Maßnahmen und Angebote zu deren Erhalt anzubieten. „Alles andere macht momentan überhaupt keinen Sinn und weckt falsche Hoffnungen“, fasst Ratsfrau Lidia Bernhard zusammen.

Libertarius

Freitags lieber schulfrei?

Klimawahn gefährdet Freiheit und Wohlstand.

Nun sind es schon einige Monate, dass Schüler freitags lieber demonstrieren anstatt zur Schule zu



„System Change not Climate Change“ war in Oldenburg zu lesen. (Foto: A. Paul)

gehen. Mehr als 10.000 Teilnehmer sollen am 20. September in Oldenburg demonstriert haben.

Demos voller Widersprüche

Die hohen Teilnehmerzahlen und die angeblich große Unterstützung in der Bevölkerung machen stutzig. Kürzlich haben die sogenannten Gelbwesten in Frankreich nach Steuererhöhungen gegen die Regierung demonstriert. Und bei uns? Menschen demonstrieren aufgrund von Informationen aus staatlichen Schulen oder staatlichen Medien in vom Staat unterstützten Demos gegen den Staat!?! Wie ist es möglich, diesen Widerspruch zu übersehen?

Und wofür wird demonstriert? Für noch höhere Steuern. Das ist unglaublich in einem Land mit einer durchschnittlichen Gesamtsteuerbelastung von ca. 56%. Wie dumm oder wie reich muss sein, wer da noch mehr Steuern fordert?

Klima-Demonstranten, die selbst noch Auto fahren, Flugreisen machen oder Einweggeschirr aus Plastik benutzen sind inkonsequent. Genauso wäre es, wenn ein Vegetarier so lange weiter Schnitzel futtert, bis es für alle Menschen verboten ist.

Ursachen des Klimawandels?

Der Mensch ist als wesentliche Ursache für den Klimawandel alles andere als sicher - und selbst wenn, hätten wir in Deutschland keinen

relevanten Einfluss auf das Weltklima. Weder CO₂ noch Mensch lassen sich als Ursache beweisen. Bei den vielzitierten „97% aller Wissenschaftler“ wurden eben nicht „alle“, sondern nur zu dieser Theorie grundsätzlich positiv eingestellte Wissenschaftler befragt. So lügt man mit Statistik. Außerdem ist Naturwissenschaft keine Frage von Mehrheiten, sondern von Wahrheit. Auch Galilei war lange Zeit sehr alleine mit seiner Meinung.

Beobachtungen in Oldenburg

In Oldenburg fiel auf, dass Schüler im Grundschulalter am stärksten vertreten waren, betreut durch Erwachsene, vermutlich Lehrer. „Diese ganz Kleinen sind schlicht noch zu jung, um sich kritisch mit dem Thema zu befassen und sich wirklich eine eigene Meinung zu bilden. Auffällig war außerdem, dass mehr als die Hälfte der Teilnehmer Erwachsene waren“, berichtet AfD-Kreisvorstand Andreas Paul. Er hat sich die Demo selbst angeschaut.

CO₂-Steuer verteuert alles!

Für die Herstellung jedes Produkts und auch jeder Dienstleistung wird Energie benötigt. Letztlich zahlt jede Steuer immer der Verbraucher. Eine CO₂-Steuer würde daher unser gesamtes Leben verteuern! Und wie immer trafe es primär die Ärmsten.

Gewaltdrohungen gegen AfD

„Allerdings musste ich frühzeitig gehen“, sagt Andreas Paul. „Nach Pöbeleien gegen mich durch sogenannte ‚Ordner‘ drohte die Situation sonst zu eskalieren. Für mich ist es erschreckend, wie diese anfängliche Schülerbewegung von Linksextremen und erwachsenen Ökos gekapert wurde. Gewaltandrohung statt Diskussion - genau damit spalten die Gegner der AfD die Gesellschaft.“

Beunruhigend war auch der Bericht einer Mutter, die mittags einen Anruf erhielt, um ihr 10-jähriges Kind statt von der Schule am Bahn-

hof abzuholen. „Ich habe nicht gewusst, dass meine Tochter hier mitlaufen würde. Der Lehrer hat ohne Rücksprache mit den Eltern mit der ganzen Klasse an der Demo teilgenommen. Das ist ein Skandal.“

Gegenbewegung

Obwohl Medien, Politik und Veranstalter behaupten, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Ziele der Demos unterstützt, scheint doch das Gegenteil der Fall zu sein.

Während die bundesweite Facebook-Gruppe der „Fridays for ...“



„Zukunft vs. Konsum“ wurde gefordert - Fast Food oder ein Eis im Plastikbecher natürlich ausgenommen. (Foto: A. Paul)

rund 80.000 Mitglieder hat, haben sich unter dem Motto „Fridays for Hubraum“ innerhalb weniger Tage über eine halbe Million Menschen bei Facebook versammelt. Es regt sich also Widerstand.

Obwohl er nach eigener Aussage das CO₂-Märchen glaubt, hat der Kabarettist Dieter Nuhr sich deutlich gegen die Demos geäußert - und prompt einen sogenannten Shitstorm geerntet. „Wer Witze macht, spürt heute die Macht der Inquisition“, kommentierte er darauf.

„Die AfD unterstützt jede vernünftigen Umweltschutzbemühungen. Bei diesen Demonstrationen geht es aber um die Abschaffung der Gesellschaft, wie wir sie kennen und schätzen“, kommentiert Gerhard Vierfuß.

Und Lidia Bernhardt meint: „Es ist schlimm, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Eltern, die mit ihren Kindern schon einen Tag vor Ferienbeginn in den Urlaub starten, werden bestraft. Aber regelmäßiges Schulschwänzen wird gutgeheißen. Wie wäre es wohl, wenn Schüler mit gelben Westen gegen die Regierung demonstrieren würden?“

Libertarius

Umweltpolitik mit Maß und Vernunft

Oldenburger Ratsfraktion unterstützt bundesweite Initiative der AfD.

„Gut gemeint“ ist oft das Gegenteil von „gut“. So auch bei der grünen Altparteien-Einheitspolitik in Sachen Umwelt, Energie und Klima.

CO₂-These gerichtlich abgewiesen

Basis dieser radikalen und unsere Industrie gefährdenden Politik ist die Behauptung, dass der menschenverursachte CO₂-Ausstoß einen maßgeblichen Einfluss auf die Erdtemperatur habe. Grundlage dafür ist die sogenannte Hockey-Stick-Kurve des amerikanischen Klimaforschers Michael Mann. Eine Klage Manns gegen einen Kritiker wurde kürzlich abgewiesen. Die Basis des CO₂-Klimawandel-Glaubens ist damit de facto gerichtlich widerlegt.

Realismus statt Panikmache

Diejenigen, die der AfD Angst-mache vorwerfen, tun selbst zusammen mit einer gewissen Greta nun genau das. Wenn es ihren eigenen dubiosen Zielen dient, ist den Altparteien jedes Mittel Recht.

2007 waren es angeblich noch 13 Jahre, aktuell - 12 Jahre später - sind es aber doch immer noch 11 Jahre bis zur Apokalypse. Oh Wunder.



Karsten Hilse, MdB,
Umweltpolitischer Sprecher der
AfD-Bundestagsfraktion

„Wir brauchen eine vernünftige Politik, die Mensch und Natur nicht gegeneinander ausspielt.“

Eine wichtige Rede zum Klima-Thema hielt Karsten Hilse am 26.09.2019 im Bundestag. Titel bei youtube: „Schämen Sie sich!“ - Karsten Hilse - AfD-Fraktion“

1986 titelte der Spiegel mit einem Kölner Dom, der meterhoch unter Wasser steht, und beschrieb dazu, wie 2040 New York, Hamburg, London und Rom vom Wasser verschluckt und anderswo ertragreiche Landstriche zu trockenen Steppen geworden sind. All das sei „Punkt für Punkt, Ergebnis wissenschaftlich fundierter Spekulationen“.

Die Klimapanik scheint genauso falsch und übertrieben zu sein wie einst die Warnungen vor dem Waldsterben oder dem Ozonloch. Alles lediglich bewusste Panikmache.

Das Klima wandelt sich. Energie sollte sparsam eingesetzt werden. Bei jeglicher Produktion muss die Umweltbelastung minimiert werden. All das ist gerade hier in Deutschland längst selbstverständlich und

Nicht 97%, sondern lediglich 0,54% der Wissenschaftler!



„Der Mensch macht seit 1950 mehr als die Hälfte der Erderwärmung aus.“ Dieser Aussage stimmen in der Studie von John Cook nur 0,54 % (!) der Wissenschaftler zu.“

Wie daraus mit einem statistischen Trick 97% wurden, erklärte Dr. Michael Ependiller, MdB, am 18.10.2019 im Bundestag. Titel bei youtube: „Klimawandel: Mythos von 97% Einigkeit unter Wissenschaftlern widerlegt!“

hat unser Land trotz einer gestiegenen Produktion immer sauberer gemacht. In Rhein und Elbe kann man wieder baden, im Ruhrgebiet gibt es wieder frische Luft genauso wie in Bitterfeld oder Eisenhüttenstadt.

EEG stoppen - für die Umwelt!

Aber heute verschandeln zigtausende Solarparks und Windmühlen die Landschaft. Sie töten tausende Vögel und Millionen von Insekten. Sie schädigen Mensch und Tier durch Infraschall. Sie verwandeln Natur in Industriegebiete, wenn



hektarweise Wald gerodet und bis zu 7.000 (!) Tonnen an Beton und Stahl für die Fundamente verbaut werden. Hinzu kommt noch der

Stahl für den Windmühlenturm sowie die aus Spezialkunststoffen hergestellten Rotorblätter. Erst kürzlich wurde in den Medien intensiv berichtet, dass die Entsorgung alter Windmühlen ungeklärt ist und künftig große Probleme bereiten wird. Die klimapolitischen Ideologen interessiert das nicht. Der Flächenverbrauch in Relation zur Stromerzeugung ist bei Kohle- und Gaskraftwerken etwa um den Faktor 100 geringer und bei Atomstrom noch einmal erheblich weniger.

Stromversorgung sichern

Schließlich gefährdet der angeblich saubere Strom die Versorgungssicherheit. Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, käme kein Strom mehr aus der Steckdose. Das gilt es zu verhindern.

Was nützen die Maßnahmen?

Anscheinend oftmals wenig bis gar nichts. Beim Oldenburger Marathon und beim Kramermarktsumzug zeigte die Messstation am Heiligengeistwall rekordhohe Schadstoffwerte. Eine Reduktion des PKW-Verkehrs nützt hier offenbar nichts.

Trotzdem setzen sich Politiker, Medien und demonstrierende Schüler weiter für diese höchst fragwürdige Klimapolitik ein - in Oldenburg genauso wie auf Bundesebene. Ihre AfD ist hier zuhause wie auch in Berlin die vernünftige energiepolitische Alternative. Libertarius

Ideologie im Stadtrat

Grüne, Linke und Piraten stellen Anträge „für den Klimaschutz“.

Im Oktober standen im Rat und im Verkehrsausschuss Anträge von Linke/Piraten zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Fahrradverkehrs sowie von den Grünen zur Bereitstellung weiterer Fahrradparkplätze auf der Tagesordnung. Beide Anträge wurden mit dem Klimaschutz begründet.

Ist das der Wahn um den angeblich menschenverursachten Klimawandel? Oder wird das Klimaargument lediglich benutzt, um die eigenen Anträge durchzusetzen?

Vernunft geht vor

Wir prüfen Anträge darauf, ob sie unabhängig vom Klima-Argument vernünftig sind. Die Bedingungen für Radfahrer zu verbessern, ist ein guter Gedanke. Wobei diese in der Fahrradstadt Oldenburg bereits sehr gut sind. Auch ein noch besserer ÖPNV ist überlegenwert.

Wenn diese aber zulasten des PKW-Verkehrs in der Innenstadt gehen, so weisen wir auf die Nachteile für die Erreichbarkeit und damit auf mögliche Besucherrückgänge und Arbeitsplatzverluste hin.

Vorsicht Klientelpolitik

Wahlkreisergebnisse zeigen, dass die grünen Wähler mehrheitlich in Großstädten und dort in den bevorzugten, meist citynahen Stadtteilen wohnen. So auch in Oldenburg. Warum sind diese naturliebenden Menschen so oft in der Stadt anstatt naturnah auf dem Land anzutreffen ...?

Für innenstadtnah wohnende Gutverdiener lassen sich die meisten Wege bequem per Rad erledigen. Aber die City ist auch für Menschen aus entfernteren Stadtteilen da und sie soll außerdem attraktiv sein für Besucher aus dem Umland. Diese benutzen oft das Auto. Die Gründe sind vielfältig - z.B. geringere Kosten (wenn mehrere Personen gemeinsam unterwegs sind), Praktikabilität (wenn viele oder größere Einkäufe transportiert werden) oder ungünstige ÖPNV-Verbindungen.

Ideologiegetriebene Politik gegen das Auto würde viele Menschen benachteiligen und Arbeitsplätze gefährden. Das ist unsozial und wird von uns daher abgelehnt.



Überfüllte Fahrradparkplätze - demnächst auch in Oldenburg? (Foto: Pixabay)

Ungläubige Klimagläubige?

Alle, die CO₂ für ein Klima-Killer-Gas halten, müssten in ihrem klimafreundlichen Handeln besonders konsequent sein. Und das umso mehr, als es die „Klimaleugner“ nicht tun.

Dann müssten Busse, Bahnen und Radwege längst überfüllt sein, die Straßen, Autobahnen und Flughäfen dagegen halbleer - nur noch genutzt von den Klimaskeptikern. Beides ist nicht der Fall und beweist, dass diejenigen, die bewusst Klimapanik verbreiten, selbst nicht daran glauben.

In typisch linker Manier garnieren die Linken ihren Antrag noch mit dem „Wiener Modell“, wonach Unternehmen mit einer Sonderabgabe zugunsten des ÖPNV belastet werden sollen. Das würde zunächst zusätzliche Bürokratie verursachen, was unnötige Kosten sowie einen Effizienzverlust zur Folge hätte - und damit außerdem „klimaschädlich“ wäre, wenn es denn darauf ankommen soll. Außerdem fließen jegliche Kosten eines Unternehmers in die Preiskalkulation ein - letztlich würde also doch wieder der Kunde zahlen.

„Wir schätzen Oldenburg als Fahrradstadt. Uns ist ein guter ÖPNV wichtig. Beides kann auch noch verbessert werden. Aber bitte nicht ‚für den Klimaschutz‘, sondern, wenn es an sich sinnvoll ist“, sagen die beiden AfD-Ratsleute.

Libertarius

Im Dialog

Ihre AfD-Fraktion freut sich über den Kontakt und den Austausch mit Ihnen.

Eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ein direkter Austausch mit den Bürgern ist erklärtes Ziel der AfD. Das ist auch den beiden Mitgliedern der Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg ein wichtiges Anliegen. Wir sind daher sehr am Kontakt und am Austausch mit Ihnen interessiert.

Schreiben Sie uns

Wie gefällt Ihnen unser bisheriges Engagement im Stadtrat?

Was finden Sie besonders gut?

Was vermissen Sie?

Welche Themen sollte die AfD-Fraktion noch aufgreifen?

Welche sind Ihrer Meinung nach vielleicht weniger wichtig?

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihre Zuschriften genau lesen und in unsere künftigen Entscheidungen einbeziehen werden.

So hoffen wir, auf Basis eines nun intensivierten Dialogs mit Ihnen künftig noch besser im Sinne unserer Mitglieder und Wähler in der Oldenburger Lokalpolitik tätig sein zu können.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer **Spende** können Sie helfen, dass der *Oldenspiegel* künftig noch mehr Menschen erreicht.

Spendenkonto:

DE11 2805 0100 0092 0689 56

Impressum:

Fraktion der AfD im Rat der Stadt Oldenburg, Kleine Kirchstrasse 11, 26122 Oldenburg.

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

V.i.S.d.P.: Lidia Bernhardt.

In Abstimmung mit unseren Autoren und Fotografen verzichten wir zum Schutz derer Privatsphäre auf Namensnennungen.